

Einrichtung eines bundesweiten Arbeitskreises zum (bedingungslosen) Grundeinkommen in der ver.di Jugend

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

Die Bundesjugendkonferenz möge die Einrichtung eines Arbeitskreises für ehrenamtliche Funktionsträger_innen beschließen, der ein Eckpunktepapier zum Thema erstellen soll und sich intensiv mit Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Hinblick auf ein (bedingungsloses) Grundeinkommen auseinandersetzt. Ziel nach einer intensiven Auseinandersetzung ist eine Positionierung der ver.di Jugend zum (bedingungslosen) Grundeinkommen

Begründung

10 : Bei den Forderungen nach der Einführung eines (bedingungslosen) Grundeinkommens handelt es sich um einen sozialpolitischen Lösungsansatz zur Überwindung der Krise des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme. Bisher wurde die Diskussion innerhalb der Erwachsenenenebene der Gewerkschaft ver.di im Ansatz beendet und auf das klassische arbeitsmarktpolitische Instrument Arbeitszeitverkürzung sowie auf die Forderung nach Mindestlöhnen gesetzt. Die Kontra-Positionierung wurde hauptamtlich durch die wirtschaftspolitische Abteilung geprägt. Innerhalb der ver.di Jugend war die Diskussion im Rahmen von Anträgen der Organisationswahlen 2006/07 und regionalen Arbeitskreisen schon fortgeschrittener. Leider wurde die Diskussion bisher nicht mit der nötigen Differenziertheit dieses komplexen Themas geführt. Denn es gibt nicht ein (bedingungsloses) Grundeinkommen, sondern diverse unterschiedliche Modelle und Eckpunktepapiere mit völlig unterschiedlichen Zielrichtungen in Bezug auf Anspruchsberechtigung, Transferhöhe, Finanzierung, Verwaltung, Sozialtransfers, Sozialversicherungssysteme, Infrastrukturen, arbeitsmarktpolitische Instrumente und gesellschaftspolitische Bedürfnisse. Zum Beispiel bei der Frage, ob ein Grundeinkommen an bestimmte Bedingungen gekoppelt wird oder eben nicht, stehen völlig unterschiedliche Interessen hinter den Positionen der an der Diskussion beteiligten Gruppen. Zu diesen gehören alle im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie, NGO's, Erwerbslosenverbände, Arbeiterwohlfahrt, kirchliche Gruppen, Wissenschaftler_innen, Unternehmer_innen, Wirtschaftsinstitute. Je nach Position wird das Grundeinkommen zum gesellschaftlichen Umverteilungsinstrument, allerdings nicht nur materiell betrachtet. Die Grundeinkommensdiskussion steht auch für die Kritik an der autoritären deutschen Arbeitsmarktpolitik, die geprägt ist von Zwangsmaßnahmen und sozialem Ausschluss (Hartz IV), da in den Argumentationen auch häufig die Forderung nach mehr Selbstbestimmung und einer besseren Balance zwischen Arbeits- und Lebenswelt steht (passend zu unseren GPS-/JU-Seminaren). Im Kern der Diskussion um ein Grundeinkommen stehen die Fragen, ob Arbeitslosigkeit ein strukturelles oder ein konjunkturelles Problem ist - und die Frage nach der Definition von Arbeit. Nicht berücksichtigt sind die bis heute nicht materiell honorierte Familienarbeit, Pflegearbeit, ehrenamtliche Arbeit und z.B. nicht kommerzielle Wissenschaft und Kunst. Durch ein Grundeinkommen könnten diese Tätigkeiten eine finanzielle Grundsicherung durch das Sozialsystem erhalten. Bedingt durch technischen Fortschritt, Automatisierung und Feminisierung von Arbeit zeigen die Arbeitsmarktzahlen der letzten Jahrzehnte ein deutliches Bild: die mögliche Erwerbsarbeit pro Kopf unter Berücksichtigung der in Deutschland dafür zur Verfügung stehenden Menschen wird weniger. Darüber hinaus schreitet die Prekarisierung von Erwerbsarbeit und damit einhergehenden Lebenslagen gerade in der Dienstleistungsbranche voran. Verbunden damit sind Kleinst-Arbeitsplätze, Tariffucht und fehlende inner- und außerbetriebliche Mitbestimmung. Dies spiegelt sich auch in der negativen Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften allgemein und der Gewerkschaft ver.di speziell wider. In der gewerkschaftsnahen Wissenschaft fordert Oskar Negt beispielsweise die Erweiterung des reinen tarifpolitischen Mandats um ein allgemeinpolitisches und kulturelles Mandat. Die Grundeinkommensdebatte bietet sich genau für diese beiden von Negt benannten Mandate an. Seit dem zweiten Weltkrieg haben sich die deutschen Gewerkschaften auf Tarifpolitik als zentrales Standbein konzentriert. Neben der Prekarisierung von Arbeit kommt es aber auch zunehmend zu Massenentlassungen und Betriebsübergängen, durch die die

50 *Gewerkschaften Mitglieder und Einfluss verlieren. Insofern stellt sich die Frage, wie man die verlorenen und potentiell von Arbeitslosigkeit bedrohten Mitglieder weiter erreicht und neue Mitglieder gewinnt. Die Antwort ist die Erweiterung der derzeitigen Ausrichtung „Sozialpartnerschaft“ auf eine gesamtgesellschaftliche Akteurin, um die gesamte ArbeitnehmerInnenschaft, aber auch erwerbslos Gewordene, zu erreichen. Das fängt mit Mindestlohnforderungen an, allerdings sind diese nur auf Erwerbsarbeit bezogen. Durch eine Grundeinkommensforderung könnte die Diskussion auf alle BürgerInnen bezogen fortgeführt werden. Neben*
55 *den Parteien, Verbänden und Organisationen nimmt auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Grundeinkommensidee stetig zu, die der Realpolitik in der Regel um einige Jahre voraus ist. Den Gewerkschaften wird mit Ausnahme einzelner Gliederungen vorgeworfen, sich der Debatte aus Gründen von eigenen Existenzängsten und Einflussverlust zu verweigern. Die stetig wachsende Diskussion zeigt Aktualität und Brisanz dieses Vorschlags nach einer radikalen Veränderung der sozialen*
60 *Sicherungssysteme. Und insbesondere deswegen, dass in der Debatte um die unterschiedlichen Ansätze und Modelle viele gewerkschaftliche Gefahren, aber auch Chancen, enthalten sind, müssen wir als Gewerkschaft ver.di und als ver.di Jugend nach einer intensiven Diskussion eigene Eckpunkte erarbeiten, um uns nicht nur an fremden Modellen und Positionen abzuarbeiten.*

65 Aus den genannten Gründen müssen wir als ver.di Jugend uns auf allen Ebenen mit der Grundeinkommensdebatte auseinandersetzen und fordern deshalb die Einrichtung eines bundesweiten Arbeitskreises der ver.di Jugend, um uns landesbezirksübergreifend in enger Abstimmung mit den Ebenen und dem Bundesjugendvorstand ein Forum zu bieten, damit wir uns intensiv mit dem Thema (bedingungsloses) Grundeinkommen auseinandersetzen können.

70

75

Empfehlung der Antragskommission

80 Annahme mit Änderungen und Weiterleitung an Bundesjugendvorstand zur Weiterleitung an DGB Jugend
Dadurch erledigt folgende Anträge: 1184, 1159, 1008, 1030, 1253

Zeile 0 Überschrift streichen von: "in der ver.di Jugend"

Zeile 3 streichen von "Die Bundesjugendkonferenz möge" und ersetzen durch „Die DGB Jugend wird aufgefordert die Einrichtung eines Arbeitskreises für ehrenamtliche Funktionsträger/-innen zu ermöglichen.

85 Zeile 6: „ver.di Jugend" streichen und ersetzen durch Gewerkschaftsjugend“